

GEMEINDE ALMSTEDT, ORTSTEIL ALMSTEDT
1. ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES NR. 3
"JAHNSTRASSE" GEM. § 13 BBauG.

Gemarkung Almstedt
 Flur 7
 Maßstab 1:1000

TEXTLICHE FESTSETZUNG:

1. IN DEM DURCH PLANZEICHEN BEKENNZEICHNETEN TEIL DES DORFGEBIETES IST INNERHALB DER ÜBERBAUBAREN GRUNDSTÜCKFLÄCHE NUR DIE NUTZUNG ALS AUSSTELLUNGS- UND VERKAUFSLÄCHE FÜR WOHNWAGEN UND PKW-ANHÄNGER ZULÄSSIG. ALLE ANDEREN NUTZUNGSARTEN, DIE NACH § 9 BAUNVO ZULÄSSIG SIND, SIND AUF DIESER FLÄCHE UNZULÄSSIG. (§ 1 ABS. 6 U. 9 BAUNVO)

HINWEIS:

1. GEMÄSS § 6 ABS. 2 DER NIEDERS. GEMEINDEORDNUNG I. D. F. VOM 18.10.1977 (NDS. GVBL. S. 447), ZULETZT GEÄNDERT DURCH DAS 9. GESETZ ZUR ÄNDERUNG DER NGO UND DER NIEDERS. LAND-WEISUNG VOM 18.10.1980 (NDS. GVBL. S. 388) HANDELT ORDNUNGSGEMÄß, WENN VOR-ORTLICH ODER FAHRLÄSSIG DIE FESTSETZUNGEN DER 1. ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES NR. 3 "JAHNSTRASSE" ZUNÜBER HINDELT. DIE ORDNUNGSWIDRIGKEIT KANN MIT EINER GELD-BÜSSE BIS ZU 5.000 DM GEAHNDET WERDEN.



PLANZEICHENERKLÄRUNG:

I. ZEICHNERISCHE FESTSETZUNGEN:

ART DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 ABS. 1 NR. 1 BBauG + § 9-11 BAUNVO)

DORFGEBIET (§ 5 BAUNVO)

MAß DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 ABS. 1 NR. 1 BBauG, § 74 BAUNVO)

GESCHOSSFLÄCHENZAHL DEZIMALZAHL (IM KREIS) z.B. 0,4

GRUNDFLÄCHENZAHL DEZIMALZAHL z.B. 0,4

ZAHLE DER VOLLGESCHOSS ALS HÖCHSTGRENZE ROMISCHE ZIFFER z.B. I

BAUWEISE, BAUGRENZEN (§ 9 ABS. 1 NR. 2 BBauG + § 22 U. 23 BAUNVO)

OFFENE BAUWEISE

BAUGRENZE

STELLUNG BAULICHER ANLAGEN ZWINGEND IN RICHTUNG D. DOPPELPEILS

VERKEHRSPFLÄCHEN (§ 9 ABS. 1 NR. 11 U. ABS. 6 BBauG)

STRASSENBEGRENZUNGSLINIE

HAUPTVERSORGNUNGSLINIEN (§ 9 ABS. 1 NR. 13 U. ABS. 6 BAUNVO)

15 KV-FREILEITUNG

SONSTIGE PLANZEICHEN

GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES DES BEBAUUNGS-PLANES NR. 3 "JAHNSTRASSE" (§ 9 ABS. 7 BBauG)

GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES DER 1. ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES NR. 3 "JAHNSTRASSE" (§ 9 ABS. 7 BBauG)

ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG VON BAUGEBIETEN (§ 1 ABS. 5 U. 9 BAUNVO)

UMGRENZUNG DER FLÄCHEN, FÜR DIE FESTSETZUNGEN NACH § 1 ABS. 5 U. 9 BAUNVO GEBÜHRT WURDEN. (S. TEXTL. FESTSETZUNG NR. 1)

II. BESTAND

VORHANDENES WOHNBAUWERK

VORHANDENE FLURSTÜCKSGRENZE

Präambel

Auf Grund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG) i. d. F. vom 18.8.1976 (BGBl. I S. 2256, ber. S. 3617), zuletzt geändert durch ¹⁾ vom ¹⁾ (BGBl. I S. ¹⁾)
 und der §§ 56 und 97 der Niedersächsischen Bauordnung vom 23.7.1973 (Nds. GVBl. S. 269), zuletzt geändert durch ¹⁾ vom (Nds. GVBl. S. ¹⁾)¹⁾ i. V. m. § 1 der Niedersächsischen Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes (DVBBauG) vom 19.6.1978 (Nds. GVBl. S. 560), zuletzt geändert durch ⁴⁾ vom (Nds. GVBl. S. ¹⁾)¹⁾
 und des § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung i. d. F. vom 18.10.1977 (Nds. GVBl. S. 497), zuletzt geändert durch ¹⁾ vom (Nds. GVBl. S. ¹⁾)¹⁾
 hat der Rat der Gemeinde diesen Bebauungsplan Nr. /die Änderung dieses Bebauungsplans Nr. ³⁾ bestehend aus der Planzeichnung und den nachstehenden/nebenstehenden³⁾ textlichen Festsetzungen – sowie den nachstehenden/nebenstehenden³⁾ örtlichen Bauvorschriften über die Gestaltung – ²⁾ als Satzung beschlossen:

(Siegel)

Ratsvorsitzender

Gemeindedirektor

Verfahrensvermerke

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 12.03.1981 die Aufstellung der 1. Änderung³⁾ des Bebauungsplans Nr. 3 beschlossen.⁴⁾ Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BBauG am ortsüblich bekanntgemacht.

SIBESSE den 25. XI. 81  Kreiser
 Gemeindedirektor

Vervielfältigungsvermerke

Kartengrundlage: Flurkartenwerk
 Erlaubnisvermerk: Vervielfältigungserlaubnis für die Gemeinde Almstedt erteilt durch das Katasteramt Alfeld (Leine) am 5.6.1981 Az.: 05103 E

Die Planunterlagen entsprechen dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei. Die neu zu bildenden Grenzen lassen sich einwandfrei in die Örtlichkeit übertragen.

Katasteramt Alfeld (Leine) den Vermessungsdirektor

Der Entwurf der 1. Änderung³⁾ des Bebauungsplanes wurde ausgearbeitet vom BAUAMT DER SAMTGEEMEINDE SIBESSE

SIBESSE den 25. XI. 81 i. O. Franke


Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am dem Entwurf der Änderung³⁾ des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gemäß § 2 a Abs. 6 BBauG beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am ortsüblich bekanntgemacht. Der Entwurf der Änderung³⁾ des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom bis gemäß § 2 a Abs. 6 BBauG öffentlich ausgelegt.⁵⁾

den

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am dem geänderten Entwurf der Änderung³⁾ des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die eingeschränkte Beteiligung gemäß § 2 a Abs. 7 BBauG beschlossen.⁶⁾ Den Beteiligten im Sinne von § 2 a Abs. 7 BBauG wurde vom Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum gegeben.

den

Der Rat der Gemeinde hat den Bebauungsplan nach Prüfung der Bedenken und Anregungen gemäß § 2 a Abs. 6 BBauG in seiner Sitzung am 20.02.1982 als Satzung (§ 10 BBauG) sowie die Begründung beschlossen.

Hübner den 20.03.1982 
 Gemeindedirektor

Der Bebauungsplan ist mit Verfügung der Genehmigungsbehörde (Az.:) vom heutigen Tage unter Auflagen / mit Maßgaben³⁾ gemäß § 11 in Verbindung mit § 6 Abs. 2 bis 4 BBauG genehmigt / teilweise genehmigt.³⁾ Die kenntlich gemachten Teile sind auf Antrag der Gemeinde vom gemäß § 6 Abs. 3 BBauG von der Genehmigung ausgenommen.³⁾

den Genehmigungsbehörde

(Siegel)

Der Rat der Gemeinde ist den in der Genehmigungsverfügung vom (Az.:) aufgeführten Auflagen / Maßgaben³⁾ in seiner Sitzung am beigetreten.⁶⁾ Der Bebauungsplan hat zuvor wegen der Auflagen / Maßgaben³⁾ vom bis öffentlich ausgelegt. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am ortsüblich bekanntgemacht.

den

Die Änderung des Bebauungsplanes ist gemäß § 12 BBauG am 12.05.1982 im Amtsblatt des Landkreises Hildesheim bekanntgemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am 13.05.1982 rechtsverbindlich geworden.

Hübner den 20.05.1982 
 Gemeindedirektor

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht³⁾ geltend gemacht worden.

den

1) Entsprechend dem letzten Stand einsetzen
 2) Streichen, wenn Bebauungsplan ohne örtliche Bauvorschriften über die Gestaltung
 3) Nichtzutreffendes streichen
 4) Nur wenn ein Aufstellungsbeschluss gefaßt wurde
 5) Bei mehrfacher Auslegung nur Zeiten der letzten Auslegung
 6) Nur falls erforderlich